

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

**Sexuelle und geschlechtliche Identität im Schutzbereich des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz verankern!**

Mit der Rehabilitierung der Opfer des Paragraphen 175 Strafgesetzbuch und der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften wurden in den vergangenen Jahren wesentliche Rechte homosexueller Menschen gestärkt. In der Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland, dem Grundgesetz, fehlt allerdings bisher ein verfassungsrechtlich verankerter Diskriminierungsschutz für Queer, Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen.

Derzeit sieht das Grundgesetz nur das Verbot von Diskriminierung aufgrund der Merkmale Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöse oder politische Anschauungen sowie Behinderung vor. Der Berliner Senat hat nun eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme der sexuellen und geschlechtlichen Identität in den Schutzbereich von Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz beschlossen.

Bereits 2009 hatten Hamburg, Berlin und Bremen einen ähnlich lautenden Antrag in den Bundesrat eingebracht, allerdings beschränkte sich die vorgeschlagene Änderung auf „sexuelle Identität“. Der Bundesrat lehnte den Antrag damals ab. Zwar gelten nach heutiger mehrheitlicher Ansicht die strengen Rechtfertigungsanforderungen von Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz auch schon für Diskriminierungen aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität. Allerdings sollte dieses Rechtsverständnis im Wortlaut verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Ergänzung des Schutzbereichs des Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz um die sexuelle und geschlechtliche Identität beizutreten und das Vorhaben auf Bundesebene zu unterstützen.

Björn Fecker, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer  
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Björn Tschöpe und Fraktion der SPD